

Wer vertraut dem Staat?

Befunde zu Vertrauen in die Justiz, Polizei und öffentliche Verwaltung

M.Sc. Rowenia Bender (rowenia.bender@zkfs.de), **Dr. Aaron Bielejewski** (aaron.bielejewski@zkfs.de) & **Prof. Dr. Frank Asbrock** (frank.asbrock@zkfs.de) · August 2026 · ZKFS

AUF EINEN BLICK

- Vertrauen in Polizei, Justiz und Verwaltung ist deutschlandweit insgesamt hoch.
- Am höchsten ist das Vertrauen bei Menschen mit hoher Bildung, hohem Einkommen und ohne Migrationshintergrund. Am niedrigsten ist es bei AfD-Anhänger:innen.
- Verschwörungsglaube und Kriminalitätsfurcht treten häufiger zusammen mit niedrigem Vertrauen auf; Systemrechtfertigung und autoritäre Einstellungen treten häufiger zusammen mit hohem Vertrauen auf.
- Um das Vertrauen zu stärken, braucht es transparente Kommunikation von Polizei und Justiz sowie gezielten Dialog mit skeptischen Bevölkerungsgruppen.

1 Problemstellung

Vertrauen in Justiz, Polizei und Verwaltung gilt als wichtiger Indikator für die öffentliche Meinung zu Kriminalität und Sicherheitspolitik (Behr, 2020) und ist besonders für die Polizeiarbeit zentral (Feldes, 2021; Weisburd et al., 2022). Umfragen zeigen zwar ein hohes Vertrauen in staatliche Institutionen, dieses nimmt jedoch im Zeitverlauf ab (Wamsler & Zoch, 2025). Während es umfangreiche Forschung zu Vertrauen in die Polizei gibt, bleiben Hintergründe zum Vertrauen in die Justiz noch weitgehend unerforscht. Aufgrund der Relevanz von Institutionsvertrauen für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es daher wichtig zu untersuchen, wie sich das Vertrauen in staatliche Institutionen zwischen Bevölkerungsgruppen unterscheidet und mit welchen Einstellungen es zusammenhängt, um daraus vertrauensfördernde Maßnahmen ableiten zu können.

2 Was die Evidenz zeigt

Eine Studie des ZKFS (Bielejewski et al., 2022) zeigt, dass auf einer Skala von 1 (gar kein Vertrauen) bis 7 (volles Vertrauen) der Durchschnitt bei allen drei Institutionen (Justiz, Polizei und Verwaltung) über der Skalenmitte liegt (siehe Abbildung 1). Befragte aus den neuen Bundesländern vertrauten den Institutionen etwas weniger als Befragte aus den alten Bundesländern. Dieser Unterschied war jedoch nur gering – bei beiden Gruppen war das Vertrauen im Durchschnitt hoch. Auch weitere soziodemografische Faktoren wie Bildung, Einkommen und Migrationshintergrund spielten eine Rolle für das Vertrauen: Personen mit einem hohen Bildungsgrad und Einkommen sowie Personen ohne Migrationshintergrund wiesen ein stärkeres Vertrauen in die Institutionen auf. Auch nach Parteipräferenz gab es Unterschiede: Grünen-Anhänger:innen vertrauten der Justiz am meisten, CDU/CSU-Anhänger:innen der Polizei und SPD-Anhänger:innen der Verwaltung. AfD-Anhänger:innen vertrauten dagegen allen drei Institutionen am wenigsten. Als einzige Gruppe lag ihr Vertrauen unter dem Skalenmittelwert. Verschwörungsglaube und Kriminalitätsfurcht gingen mit geringerem institutionellem Vertrauen einher.

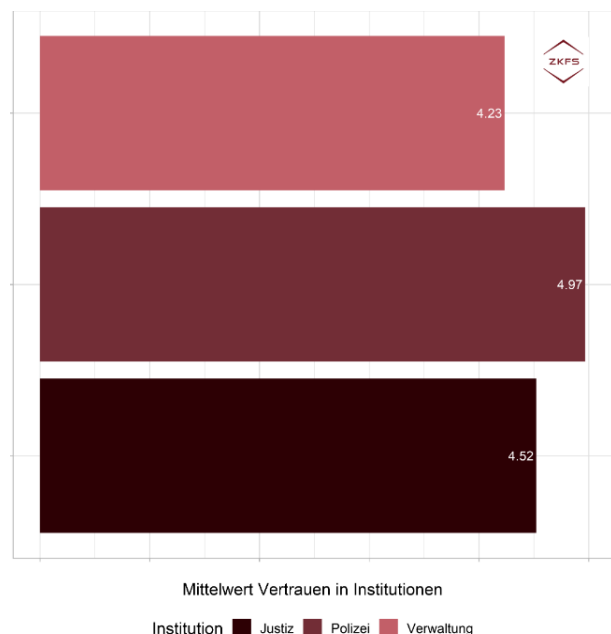


Abb. 1: Mittelwerte der Angaben zum Vertrauen in Verwaltung, Polizei und Justiz

Höheres Vertrauen zeigte sich dagegen bei Personen mit einer Tendenz zur Systemrechtfertigung, also der Neigung, bestehende soziale Verhältnisse als gerecht und legitim wahrzunehmen, sowie bei Personen mit autoritären Einstellungen.

Wenn Sie mehr darüber erfahren möchten, wie positive Kontakterfahrungen das Vertrauen in die Polizei stärken können, lesen Sie unseren Policy Brief [„Kriminalprävention durch positive Polizeikontakte“](#). Weitere Informationen dazu, wie Kriminalitätsfurcht und Vertrauen in die Justiz zusammenhängen, finden Sie in unserem Policy Brief [„Wenn Furcht eigene Fakten schafft“](#).

3 Handlungsempfehlungen

- **Vertrauensbildende Maßnahmen gezielt auf Gruppen mit geringerem Vertrauen ausrichten.** Personen mit niedrigerem Bildungsgrad oder Einkommen, mit Migrationshintergrund, aus den neuen Bundesländern sowie AfD-nahe Wähler:innen zeigen unterdurchschnittliches Vertrauen in Justiz, Polizei und Verwaltung. Maßnahmen sollten daher gezielt niedrigschwellige Zugänge und Ansprache für diese Gruppen schaffen.
- **Erkennbare Vertrauensbedrohungen aktiv adressieren.** Da öffentliche Institutionen auf das Vertrauen der Zivilgesellschaft angewiesen sind, sollten Behörden erkennbare Risiken für dieses Vertrauen ernst nehmen. Sie sollten proaktiv prüfen, mit welchen Schritten sie langfristig ein vertrauenswürdiges Image sichern können.
- **Forschung zu Institutionsvertrauen, insbesondere zu Vertrauen in die Justiz, fördern und für evidenzbasierte Interventionen nutzen.** Forschung zu den Prozessen, die Institutionsvertrauen stärken oder schwächen, ist zentral und sollte gezielt gefördert werden. Längsschnittuntersuchungen, wie die des ZKFS, ermöglichen es, Veränderungen im Vertrauen und ihre Ursachen zu untersuchen und darauf aufbauend gezielte Maßnahmen zu entwickeln.

4 Fazit

Die große Mehrheit der Menschen vertraut der Justiz, der Polizei und der öffentlichen Verwaltung. Handlungsbedarf gibt es jedoch insbesondere bei Menschen mit einer Neigung zu Verschwörungsglauben und bei AfD-Sympathisant:innen. Da öffentliche Institutionen auf das Vertrauen der Zivilgesellschaft angewiesen sind, sollten vertrauensbildende Maßnahmen entwickelt werden, die sich insbesondere an Personen mit geringem Vertrauen richten.

Quellen

- Behr, R. (2020). „Policey“ in der Krise? Zur Neujustierung der Rolle der Polizei und von Sicherheit und Ordnung in einer Gesellschaft im Wandel – ein Essay. In C. Hamm, S. Sell, & T. Georgios (Hrsg.), *Innere Sicherheit als geteilte Verantwortung. Kommunale und polizeiliche Verantwortung*. (S. 19–36). Nomos.
- Bielejewski, A., Bender, R., & Asbrock, F. (2022). Vertrauen in Polizei, Justiz und öffentliche Verwaltung. In D. Bolesta, J. L. Führer, R. Bender, A. Bielejewski, & F. Asbrock (Hrsg.), *Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS): Erste Berichtsserie*. Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V. https://www.zkfs.de/Berichte/PaWaKS/W1_Vertrauen.pdf
- Feltes, T. (2021). Polizei und Kommunikation: Vom Umgang mit Problemen in, mit und durch die Polizei. In T. Feltes & H. Plank (Hrsg.), *Rassismus, Rechtsextremismus, Polizeigewalt. Beiträge für und über eine rechtschaffen(d)e, demokratische Bürgerpolizei* (S. 19–36). Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Wamsler, S., & Zoch, G. (2025). *Auf und Ab: Die wechselhafte Entwicklung politischen Vertrauens in andauernden Krisenzeiten: Auswertungen des Projekts PEPP-COV zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie* (LifBi Forschung kompakt, Bericht Nr. 6). Leibniz-Institut für Bildungsverläufe. https://www.lifbi.de/Portals/2/Publikationen/Transferberichte/LifBi%20Forschung%20kompakt/LifBi-Forschung-kompakt_06_PEPP-COV.pdf
- Weisburd, D., Telep, C. W., Vovak, H., Zastrow, T., Braga, A. A., & Turchan, B. (2022). Reforming the police through procedural justice training: A multicounty randomized trial at crime hot spots. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 119(14), Article e2118780119. <https://doi.org/10.1073/pnas.2118780119>

Weitere Policy Briefs zu gesellschaftlich relevanten Themen finden Sie auf unserer Website unter <https://www.zkfs.de/wissenschaftskommunikation/#policy-briefs>